

"Wir können nicht darauf warten, daß uns das KP-Zentralkomitee und unsere Bruderprovinzen ein komfortables Leben (hier in Tibet) ermöglichen, und wir können nicht erwarten, daß die separatistischen Kräfte von selbst schwinden."

Es sei eine der zentralen Aufgaben der Parteiorganisation in Tibet, die "Verschwörung der Dalai-Clique zur Spaltung des Vaterlandes" entschieden zu bekämpfen. In der Auseinandersetzung mit dem Dalai Lama gehe es nicht um eine religiöse Frage. Vielmehr handele es sich im Kern um einen "Klassenkampf auf Leben und Tod" gegen "restaaurative Kräfte", die für die Wiedererrichtung des "feudalen Systems der Leibeigenschaft" einträten. "Es gibt keinen Raum für Kompromisse". Der Dalai Lama sei "nicht nur politisch reaktionär", sondern auch ein "religiöser Renegat", der Prinzipien des Buddhismus verrate.

Es dürfe nicht gestattet werden, daß die "Dalai-Clique" buddhistische Klöster als "Basen für separatistische Aktivitäten" mißbrauche. Klöster müßten die Führung und Aufsicht durch die lokale Regierung akzeptieren. Der irregulären Tempelerrichtung und Rekrutierung von Lamas ohne staatliche Billigung müsse Einhalt geboten werden. Klöster, die sich wiederholt an separatistischen Aktivitäten beteiligt hätten, müßten innerhalb einer vorgeschriebenen Zeit diszipliniert werden. Notfalls seien harte Maßnahmen zu ergreifen. Unruhen, die von "reaktionären Untergrundorganisationen" angezettelt würden, müßten im Keim erstickt werden. Die Sicherheitsorgane hätten seit 1989 gute Arbeit geleistet und "viele von separatistischen Kräften geplante Unruhen" erfolgreich bekämpft. (*Xizang Ribao*, 4./5.8.95, nach SWB, 29.8.95)

Die Ausführungen und Appelle des Parteisekretärs machen deutlich, unter welchem Druck die KPCh in Tibet steht: In den Augen der Parteiführung wirkt die Schwächung des organisatorischen und ideologischen Zusammenhalts der Partei - ein Phänomen, das auch in den han-chinesischen Provinzen weit verbreitet ist - im Kontext der Tibet-Frage viel bedrohlicher.

Denn im chinesischen Kerngebiet hat die KPCh es bisher vermocht, die Entstehung einer organisatorisch-politischen Alternative zur kommunistischen Herrschaft zu verhindern. In Tibet aber steht mit dem Dalai Lama und

seinen Anhängern eine Herrschaftsalternative bereit, die sich auf das traditionelle, religiöse Erbe und breite Anerkennung in der Bevölkerung stützen kann. Dort, wo die Kontrollstrukturen der Kommunistischen Partei in Tibet geschwächt sind, füllen "religiöse Kräfte" und "reaktionäre Untergrundorganisation" dieses Vakuum offenbar mit Erfolg aus. Es bleibt abzuwarten, ob es der Parteiführung gelingen wird, dieser Entwicklung durch die angestrebte organisatorische und personelle Stärkung der KP-Basisorganisationen entgegenzutreten. -hei-

*(9)

"Aufsicht durch die Volksmassen": 3,1 Mio. Korruptionshinweise aus der Bevölkerung seit 1993

In der Zeitspanne zwischen Januar 1993 und März 1995 sind mehr als 3,1 Mio. Korruptionshinweise und -beschwerden aus der Bevölkerung bei den Disziplinarorganen von Partei und Staat eingegangen. Darunter befanden sich 128.000 Hinweise auf schwerwiegende Fälle. In knapp 84% der Fälle, die von den Disziplinarorganen untersucht worden sind, hat die Bevölkerung wichtige Informationen geliefert. Insgesamt sind die Disziplinarorgane im genannten Zeitraum nahezu 500.000 Korruptionshinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen.

Diese Angaben wurden auf einer Nationalen Konferenz der Disziplinarorgane von Partei und Staat gemacht, die Anfang August in der Provinz Guangdong zusammentrat und sich speziell mit der Bearbeitung von schriftlichen und mündlichen Hinweisen aus der Bevölkerung (*xinfang gongzuo*) beschäftigte. (RMRB, 3.8.95)

Beklagt wurde zugleich, daß immer noch viele Verfahren "im Sande verlaufen" und nicht mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt würden. Die "Zuversicht der Volksmassen" in die Korruptionsbekämpfung könne man nur stärken, wenn man entschieden gegen schwerwiegende Mißstände vorgehe und diese auch publik mache. Betont wurde auch, daß man diejenigen, die Korruptionshinweise lieferten, unbedingt besser vor Revancheakten und Repressalien betroffener Funktionäre zu schützen habe. Das "demokratische Recht der Aufsicht durch die Volksmassen" müsse verteidigt werden.

Nach Angaben der Disziplinkontrollkommission des KP-Zentralkomitees sind im ersten Halbjahr 1995 47.560

Funktionäre wegen Disziplinarvergehen gemäßregelt worden, was eine Zunahme von 7,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. 1.801 Führungskader oberhalb der Kreisleitungsebene seien von diesen Maßnahmen betroffen gewesen (ein Anstieg von 44,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Wirtschaftsverbrechen würden mit besonderem Nachdruck verfolgt. (RMRB, 5.8.95)

Die staatlichen Disziplinarorgane, die formal dem Ministerium für Disziplinaraufsicht (*jiancha bu*) unterstehen, wurden seit 1993 auf allen Verwaltungsebenen mit den Disziplinkontrollkommissionen der KPCh zusammengelegt. Der Volksmund kennzeichnet dieses Arrangement mit der Wendung "Zwei Behördenschilder, aber ein und dasselbe Personal" (*liang kuai paizi, yi tao renma*). Die Fusion der Disziplinarorgane entspringt Bemühungen um die Bereinigung administrativer Doppelstrukturen und um Personalreduzierung im Partei- und Staatsapparat. Solche Organisationsreformen sind in den letzten Jahren mit regional stark unterschiedlichem Tempo vorangetrieben worden.

Im Rahmen des derzeitigen Regierungssystems ist die Fusion der Disziplinarorgane zweifellos sinnvoll: Die Aufsichtsbefugnis staatlicher Kontrollorgane (des Ministeriums für Disziplinaraufsicht und der Staatsanwaltschaften) endet gewöhnlich vor den Türen der Parteikomitees. Nur Parteiorgane haben Zugriff sowohl auf Staats- als auch auf Parteifunktionäre. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(10)

Fünfzig Jahre Kriegsende

In den Augustwochen bis Anfang September 1995 wurde in China wie in aller Welt des Kriegsendes vor fünfzig Jahren gedacht. Fast täglich brachten die chinesischen Zeitungen ebenso wie Hörfunk und Fernsehen Berichte über den Chinesisch-Japanischen Krieg, der am 7. Juli 1937 mit dem sog. Zwischenfall an der Marco Polo (Lugou)-Brücke südwestlich von Beijing begann und mit der Kapitulation der japanischen Truppen am 14. August 1945 endete. Zumeist handelte es sich um persönliche

Erinnerungen, historische Rückblicke und Erlebnisse. Vor allem der starke Widerstandsgeist und der Patriotismus des chinesischen Volkes werden besungen. Überdies sind zahllose Buchveröffentlichungen zu verzeichnen, seien es nun neue Quellensammlungen zu den Kriegsverbrechen der Japaner, historische Darstellungen des Krieges, Kriegserlebnisse einzelner Städte oder Provinzen oder Erinnerungen. Auch im Fernsehen (z.B. mit einer 16teiligen Dokumentation im China Central Television), Film und Theater fand der Krieg große Beachtung, und nicht zuletzt wurde in zahlreichen Ausstellungen an den Krieg erinnert. Zwei Themen standen bei allen Darstellungen im Mittelpunkt: die grausamen Kriegshandlungen der Japaner und ihre Verbrechen an der Zivilbevölkerung sowie der glorreiche und heldenhafte Kampf des chinesischen Volkes. Nicht zuletzt konnte die Erinnerung an den Krieg durch eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen und organisierte Reisen an die Kriegsschauplätze (vgl. XNA, 15.8.95) wachgehalten werden.

Was die Stellungnahmen von offizieller Seite betrifft, so unterscheiden sie sich in den wesentlichen Punkten nicht von der Haltung, die die chinesische Führung seit den achtziger Jahren einnimmt, und zwar sowohl in bezug auf die Bewertung der chinesischen Kriegsführung als auch in bezug auf das Verhältnis zu Japan. (Vgl. dazu meine Art. über den 40.Jahrestag des Kriegsendes in C.a., 1985/10, S.689-694 u. über den Tenno-Besuch in China in C.a., 1992/10, S. 718-725.) Zu den offiziellen Verlautbarungen zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes zählen u.a. zwei Reden von Jiang Zemin, die eine gehalten anlässlich eines Veteranentreffens in Beijing am 25.8.1995 (abgedruckt in RMRB, GMRB, 26.8.95, Übers. nach Xinhua, 25.8.95, in SWB, 28.8.95), die andere anlässlich der offiziellen Gedenkfeier in der Großen Halle des Volkes am 3.9.1995 (abgedruckt in RMRB, 4.9.95, Übers. nach Chinese Central Television, 3.9.95, in SWB, 5.9.95), ferner der Leitartikel der *Volkszeitung* am 3.9.1995.

Freilich ist nicht zu übersehen, daß die aktuelle Politik die offizielle Haltung beeinflußt und daher neue Akzente gesetzt werden. So fällt vor allem auf, daß die diesjährigen Gedenkfeiern ganz im Zeichen des Patriotismus stehen, der seit Ende der achtziger Jahre deutlich als Ersatzideologie für die aufgeweichten Fundamente des Sozialismus aufge-

baut wird. Der Patriotismus ist das verbindende Element aller Einzelaspekte, die beim Rückblick auf den Krieg eine Rolle spielen. Dies gilt z.B. für das verstärkte Selbstbewußtsein, mit dem Chinas Beitrag zum Krieg gewürdigt wird. Dieser bestand nicht nur darin, erfolgreich Widerstand gegen die japanische Aggression zu leisten, sondern an der Seite der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens gegen den Faschismus zu kämpfen. "Chinas Widerstandskrieg gegen Japan war ein wichtiger Teil des antifaschistischen Krieges der Welt. Die chinesischen Schlachtfelder im Krieg gegen Japan waren im antifaschistischen Krieg der Welt die Hauptschlachtfelder des Ostens." (Jiang Zemin am 25.8.95) Abgesehen davon, daß China den Krieg bewußt als Weltkrieg interpretiert, um der Sicht konservativer Japaner zu begegnen, die den Krieg gern als Verteidigungs- und Befreiungskrieg (Befreiung der ost- und südostasiatischen Länder vom Kolonialismus) deuten, drückt sich in dieser Haltung der Anspruch auf eine verantwortliche Rolle in der Welt aus, wie sie China in den Augen der chinesischen Führung damals wahrgenommen hat und auch heute zu spielen gedenkt.

Der Aufstieg Chinas zur Großmacht, so wird impliziert, begann mit dem Sieg über die Japaner 1945. Bei diesem Sieg, so heißt es in Jiang Zemin's Rede vom 3.9.95, handelt es sich um den ersten Sieg Chinas über eine ausländische Macht seit dem Opiumkrieg. Der Krieg wird als großer Wendepunkt in der modernen Geschichte Chinas gesehen, als Überwindung von Schwäche und Mißerfolg und Beginn des Aufstiegs zu Macht und Erfolg. Zwar wird hervorgehoben, daß der Sieg hauptsächlich auf das Konto der KPCh geht, doch zugleich wird die enge Zusammenarbeit mit der GMD gewürdigt. Die Anerkennung des Beitrags der GMD hatte vor zehn Jahren als das eigentlich Neue in der Bewertung des Krieges zu gelten; heute ist sie zu einer Selbstverständlichkeit und zugleich zu einem Bestandteil der Wiedervereinigungsstrategie der Volksrepublik gegenüber Taiwan geworden. Das große nationale Erwachen und die zuvor nie dagewesene nationale Einheit des chinesischen Volkes während des Krieges gegen Japan werden beschworen und als Vorbild für die angestrebte Wiedervereinigung betrachtet. Mit Blick auf aktuelle Irritationen im Verhältnis zwischen Volksrepublik und Taiwan werden die Zwei-China-Theorie, die Unabhängigkeit Taiwans und ausländische Versuche, China zu spal-

ten (Anspielung auf den Besuch des taiwanesischen Präsidenten Li Denghui in den USA), mit Kritik bedacht und dagegen die Überzeugung gestellt, daß das große Ziel der friedlichen Wiedervereinigung mit Sicherheit erreicht werden wird. (Ebd. und Leitart. in RMRB, 2.9.95)

Während Jiang Zemin in seiner Rede vor den Veteranen die gegenwärtigen Rüstungsanstrengungen Chinas rechtfertigte, indem er erklärte, ohne eine starke Verteidigungsmacht könne kein Staat seine territoriale Integrität und nationale Würde schützen (RMRB, 26.8.95), vermittelte er in seiner Rede am 3. September von China das Bild einer friedliebenden Macht, die Hegemonismus sowohl bei anderen wie auch bei sich selber ablehne, keine Bedrohung für die Nachbarn darstelle und "immer eine Hauptkraft zum Schutz des Friedens der Region und der Welt sein wird" (RMRB, 4.9.95). Der Anspruch Chinas, als Ordnungsmacht der Region und als Großmacht in der Welt aufzutreten, ist unverkennbar.

Was schließlich das Verhältnis zu Japan angeht, so spiegelt sich in allen offiziellen Verlautbarungen die ambivalente Haltung Chinas zu seinem Nachbarn wider oder, anders ausgedrückt, die Doppelstrategie der chinesischen Politik gegenüber Japan. Einerseits will China die Erinnerung an die Greuelthaten der Japaner während des Krieges wachhalten, um so moralischen Druck auf Japan auszuüben, Wirtschaftshilfe an China zu zahlen (vgl. dazu M. Pohl, "Fünfzig Jahre Kriegsende im Pazifik", in: *Japan*, Okt. 1995, S.499-504). China ist an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Japan äußerst interessiert. Deshalb will es andererseits mit Japan gutnachbarliche Beziehungen unterhalten. Zu diesem Zweck werden die lange Geschichte von "über 2000 Jahren freundschaftlicher Kontakte" zwischen beiden Ländern und vor allem die gemeinsame Zukunft berufen. In dem Leitartikel der *Volkszeitung* vom 3.9.95 heißt es: "Laßt uns gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um eine bessere Zukunft zu schaffen." Und Jiang Zemin rief dazu auf, zum einen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und zum anderen gemeinsam in die Zukunft zu blicken (RMRB, 4.9.95). Einerseits verurteilt er den japanischen Militarismus, der zum Krieg gegen China führte, andererseits betont er, daß das japanische Volk in diesem Krieg ebenso Opfer war wie die Chinesen (ebd.).

In einem Interview mit dem Präsidenten der japanischen Tageszeitung *Asahi Shimbun* nahm Jiang Zemin ebenfalls eine versöhnliche Haltung ein. An die leidvolle Geschichte des Krieges, der nicht nur den Chinesen, sondern auch den Japanern unermeßliches Leid gebracht habe, müsse immer erinnert werden, zugleich aber müßten die gutnachbarlichen Beziehungen weiterentwickelt und die Zukunft gemeinsam angegangen werden. (GMRB, 14.8.95; Xinhua, 13.8.95, nach SWB, 14.8.95) Da die chinesische Regierung auf die wirtschaftliche Kooperation mit Japan setzt, verzichtet sie auch darauf, von Japan eine offizielle Entschuldigung und Reparationen zu verlangen. In keiner der offiziellen Verlautbarungen wurde die Reparationsfrage angesprochen. Allerdings unterstützt die Regierung - vor allem aus innenpolitischen Gründen - inoffiziell Entschädigungsforderungen chinesischer Kriegsoffer. So haben beispielsweise Vertreter der Politischen Konsultativkonferenz im März an die chinesische Führung appelliert, die Entschädigungsforderungen einzelner Privatpersonen zu unterstützen (Kyodo News Service, Tokyo, 9.3.95, nach SWB, 13.3.95). Immerhin konnte sich in China eine Bürgerinitiative zur Erwirkung individueller Entschädigungen unter ihrem Sprecher Tong Zeng etablieren, die bereits vor dem Tenno-Besuch 1992 in China aktiv wurde (B. Staiger, C.a., 1992/10, S. 722). Doch wenn es der chinesischen Regierung mit Blick auf Japan opportun erscheint, behindert sie die Bürgergruppe und scheut auch nicht vor Repressalien zurück (vgl. M. Pohl, a.a.O., S. 501-502). Dies können durchaus taktische Manöver sein, doch dürften sie in der Bevölkerung keine Zustimmung finden. Insbesondere die chinesische Jugend scheint zum überwiegenden Teil die japanfreundliche Politik der Regierung abzulehnen. Einer Umfrage der Chinesischen Jugendzeitung zufolge sollen 96,8 Prozent der Jugendlichen Japan gegenüber starke Ressentiments hegen; nur 1 Prozent der Jugend befürwortet es danach, einen Schlußstrich unter die Kriegszeit zu ziehen (SCMP, 15.8.95). -st-

*(11)

Programm für die Entwicklung von Chinas Frauen (1995-2000)

Nachdem China im Juni 1994 ein Weißbuch zur Situation der Frau in China herausgebracht hatte, wurde am 7. August 1995 ein "Programm für die Entwicklung von Chinas Frauen"

(*Zhongguo funü fazhan gangyao*) für den Zeitraum 1995-2000 veröffentlicht (siehe den vollen Wortlaut in RMRB, GMRB, 8.8.95; Auszüge in XNA, 8.8.95; vollst. Übers. nach Xinhua, 7.8.95, in SWB, 12.8.95). Die Veröffentlichung des aus 19 Punkten bestehenden Programms einen Monat vor der 4. Weltfrauenkonferenz in Beijing verdeutlicht den Zusammenhang mit der Konferenz. China möchte in bezug auf seine Frauenpolitik internationale Anerkennung finden. Wie es im Vorwort heißt, wurde das Programm aufgelegt, um die Entwicklung der Frau in China voranzutreiben. Es formuliert Ziele, Politik und Maßnahmen sowie Organisation und Durchführung der Frauenpolitik bis zur Jahrhundertwende.

In dem Programm wird dargelegt, daß China zwar ein umfassendes Gesetzeswerk zum Schutz der Rechte und Interessen der Frau erlassen habe (angefangen mit der Verfassung und dem Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frauen, sodann dem Ehegesetz, Erbgesetz, Arbeitsgesetz, Gesetz zum Gesundheitsschutz von Mutter und Kleinkind und Vorschriften zum Schutz von Arbeiterinnen), daß aber nach wie vor alte Vorstellungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung der Frau herrschten und das Bildungsniveau sowie die Beteiligung der Frau an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht hoch seien. An der Schwelle zum 21. Jh. stünden Frauenfragen in aller Welt im Mittelpunkt, und auch die chinesische Regierung habe sich international zu den Rechten der Frau bekannt. Die Aufgaben für die nächsten Jahre werden folgendermaßen umrissen: Die Frauen aller Nationalitäten Chinas sollen zur Teilnahme an der Reform- und Öffnungspolitik mobilisiert und organisiert werden, das Bildungsniveau der Frauen soll verbessert und die Rechte und Interessen der Frauen sollen besser geschützt werden. Die Frauen sollen den Geist der Selbstachtung, des Selbstvertrauens, der Selbstständigkeit und der Selbststärkung entfalten und ihren eigenen Fortschritt suchen. Die Regierungen aller Ebenen, Abteilungen, Organisationen und Unternehmen bzw. Institutionen sollen die Bedeutung der Frauenentwicklung anerkennen, eng zusammenarbeiten und wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung des Programms ergreifen.

Im einzelnen werden u.a. folgende Ziele formuliert:

- Steigerung des Frauenanteils an Führungspositionen in Politik und Wirtschaft;

- Steigerung der Zahl der berufstätigen Frauen und Ausweitung der Berufe für Frauen;
- Gleiche Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt;
- Verwirklichung des Arbeitsschutzes für Frauen und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen;
- Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit für Männer und Frauen;
- Verstärkte Teilnahme von Frauen an Bildungs- und Fortbildungsprogrammen zur Verbesserung der Qualität weiblicher Arbeitskräfte;
- Reduzierung des Mädchenanteils an den Schulabbrechern; der Anteil der Mädchen, die keine Schule besuchen oder sie vorzeitig abbrechen, soll auf unter 2% gedrückt werden;
- Jährlich sollen 3 Mio. weibliche Analphabeten (15-40 Jahre) lesen und schreiben lernen;
- Förderung der Berufsbildung für Frauen;
- Verbesserung der Gesundheitsvorsorge für Frauen und Sicherstellung ihres Rechts auf Geburtenplanung;
- Verwirklichung der Gleichheit in der Familie (Hausarbeit und Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe von Mann und Frau);
- Kampf gegen Bigamie und Nebenfrauen sowie Einmischung in die freie Partnerwahl;
- Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, Frauenhandel und Prostitution;
- Entwicklungsprogramme für Frauen in Armutsgebieten;
- Verbesserung der Lebensqualität der Frauen durch Bereitstellung von Dienstleistungen aller Art durch die Gesellschaft;
- Förderung der Frauenforschung.

In dem Teil des Programms, der die Politik und Maßnahmen beinhaltet, werden konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung des genannten Forderungskatalogs aufgeführt, so in bezug auf die Beteiligung der Frau an politischen Entscheidungsprozessen (dies soll durch die Frauenorganisationen gewährleistet werden), die Arbeitswelt, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Familienplanung, die rechtliche Stellung der Frau, die Schaffung einer besseren gesellschaftlichen Umgebung für die Frau und die Unterstützung der Frauen in Armutsgebieten. Besondere Bedeutung kommt hier neben verbesserten Bildungschancen für Mädchen und Frauen dem Rechtsschutz der Frau und der Schaffung einer frauenfreundlichen Umgebung zu. Es gibt zwar umfassende Gesetze zum Schutz der Rechte und Interessen der Frau, aber ihre Umsetzung ist längst nicht gewährleistet. Deshalb

wird in dem Programm gefordert, Fälle von Rechtsverletzungen gegenüber Frauen, die nicht geahndet werden, in jedem Fall einer Untersuchung zu unterziehen. Vor allem wird auf die Propagierung des Ehegesetzes hingewiesen und betont, daß mit dem System der Eheregistrierung Frühheirat, Kaufheirat und Heirat unter nahen Verwandten unterbunden würden. Ausdrücklich wird die harte Bestrafung krimineller Tätigkeiten wie Ertränken, Verkauf und Verletzung von weiblichen Babies ange-mahnt und die vorgeburtliche Ultraschalluntersuchung zum Zwecke der Geschlechtsidentifizierung verboten. Was die Schaffung einer frauenfreundlichen Umgebung betrifft, so werden vor allem die nachhaltige Propagierung der Gleichheit von Mann und Frau, unterschiedenes Vorgehen gegen Diskriminierung der Frau, Ausweitung des Angebots von Dienstleistungen zur Erleichterung der Hausarbeit für die berufstätige Frau, Einrichtung psychologischer Beratungszentren für Frauen u.ä. gefordert.

Die beiden letzten Teile des Programms - Organisation und Durchführung sowie Kontrolle und Bewertung - enthalten praktische Informationen und Forderungen. So trägt für die Durchsetzung des Programms das Arbeitskomitee für Frauen und Kinder unter dem Staatsrat die Verantwortung. Alle betroffenen Ministerien und Massenorganisationen sollen entsprechend den Forderungen dieses Programms konkrete Durchführungspläne aufstellen. Auch die Provinzen und alle örtlichen Verwaltungen sind aufgerufen, Maßnahmen zur Umsetzung des Programms zu ergreifen. Arbeitswelt, Gesundheits- und Bildungswesen sollen durch Errichtung von Aufsichtsorganen kontrolliert werden; ferner sollen umfassende Statistiken und Datenbanken über die Frauenentwicklung eingerichtet werden, damit auf dieser Grundlage Trends ermittelt und neue Pläne aufgestellt werden können und die Frauenentwicklung regelmäßig überprüft und bewertet werden kann. Zur Jahrhundertwende soll dann aufgrund der gesammelten Daten und Auswertungen ein neues Programm erarbeitet werden.

In diesem Programm finden alle wesentlichen Frauenthemen Berücksichtigung. Insofern läßt es kaum etwas zu wünschen übrig. Die darin erhobenen Forderungen entsprechen denen der klassischen Frauenbewegung im Westen. Was das Programm nicht enthält, sind spezifische Forderungen der femi-

nistischen Bewegung des Westens, die in der kulturellen Umgebung Chinas keinen Anklang finden würden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die in dem Programm postulierte Stellung der Frau allerdings noch weit von der tatsächlichen Situation der Frau in China entfernt. Diese ist durch traditionelle Vorstellungen, dem Weiterleben von Vorurteilen und anhaltende Benachteiligung charakterisiert. Doch es kann kein Zweifel bestehen, daß die Weltfrauenkonferenz in Beijing der Frauenbewegung in China selbst großen Aufschwung verleihen wird. Nicht zuletzt ist das Programm für die Entwicklung der Frau Ausdruck der zunehmenden Bewußtwerdung der Frauenproblematik in der chinesischen Gesellschaft. -st-

*(12)

Weißbuch über Geburtenregelung

Am 23. August 1995 veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats ein Weißbuch zu "Chinas Geburtenregelung". Das Weißbuch verteidigt die Ein-Kind-Politik und wurde offensichtlich im Hinblick auf die Weltfrauenkonferenz herausgebracht, die im September 1995 in Beijing stattfindet und von der Kritik an der chinesischen Familienplanungspolitik erwartet wird. In der Presse hieß es zu dem Weißbuch, dieses vermittele ein umfassendes Bild von der Politik, den Maßnahmen und den Ergebnissen der Geburtenregelung in China, und zwar ausdrücklich in der Absicht, die Kritik des Auslands an der chinesischen Familienplanung zurückzuweisen (RMRB, GMRB, 24.8.95).

Das Dokument ist in ein Vor- und Nachwort sowie 7 Kapitel untergliedert und umfaßt 17.000 Schriftzeichen. Die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* brachten jeweils in ihrer Ausgabe vom 24. August 1995 lediglich Auszüge. Der volle Wortlaut in englischer Übersetzung erschien in XNA, 24.8.95 (nach dieser Quelle auch in SWB, 28.8.95). Im folgenden soll eine kurze Inhaltsübersicht gegeben werden.

I. Eine strategische Politik, die den nationalen Bedingungen entspricht:

(In diesem Kapitel werden die besonderen Bedingungen Chinas dargelegt und begründet, warum Familienplanung notwendig ist.) Von der Lösung des Bevölkerungsproblems hängen Überleben und Entwicklung sowie der Erfolg von Chinas Modernisierungsbestrebungen ab. Ausgehend von dem Wunsch, China stark und reich und das Volk

glücklich zu machen, verfolgt China die Familienplanung als grundlegendes Staatsziel. In einem historischen Überblick über die Geburtenregelung seit 1949 wird dargelegt, daß man es in den 60er Jahren versäumt habe, eine wirk-same Geburtenregelung einzuführen. Eine solche wurde erst in den 70er Jahren in Angriff genommen. Deng Xiaopings Beitrag bestand darin, daß er das Bevölkerungsproblem in den Gesamtzusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung stellte und die Eindämmung des Bevölkerungswachstums zum Staatsziel erhob. Die Bedeutung dieses Zieles wird dadurch unterstrichen, daß es in die Verfassung aufgenommen wurde. Das anhaltende Wachstum der Bevölkerung (pro Jahr ein Nettozuwachs von 14 Mio.) bedeutet eine schwere Bürde für ein Land wie China, das über wenig Agrarland verfügt und eine regional sehr unterschiedliche Entwicklungsstruktur aufweist. Ressourcen und Umwelt können mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten. Die wichtigsten Probleme stellen die Ernährungssituation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt dar. Die Anbaufläche in China macht nur zehn Prozent seines Territoriums aus. Angesichts schrumpfender Agrarflächen ist die ausreichende Versorgung mit Getreide nicht mehr gewährleistet. Überschüssige Arbeitskräfte gibt es vor allem in den ländlichen Gebieten, derzeit 120 Mio., bis zum Jahr 2000 werden es über 200 Mio. sein. Auch die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und anderen Diensten wird immer schwieriger. Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist Geburtenregelung unerlässlich.

II. Eine gesellschaftliche Aufgabe zum Nutzen des Volkes:

(In diesem Abschnitt werden die bisherigen Erfolge der Familienplanungspolitik aufgezählt.)

1. China hat durch diese Politik das zu schnelle Wachstum der Bevölkerung einschränken können. In den 15 Jahren zwischen 1949 und 1964 hat die Bevölkerung sich von 500 Mio. auf 700 Mio. erhöht; der Zuwachs um 100 Mio. dauerte 7,5 Jahre. Im Jahrzehnt 1964-74 wuchs die Bevölkerung von 700 Mio. auf 900 Mio., d.h. der Zuwachs um 100 Mio. dauerte nur 5 Jahre. Zwischen 1973 und 1995 erhöhte sich die Bevölkerungszahl von 900 Mio. auf 1,2 Mrd.; damit verlängerte sich der Zeitraum für einen Zuwachs um 100 Mio. wieder auf etwa 7 Jahre. Die natürliche

Zuwachsrate konnte von 25,83 Promille (1970) auf 11,21 Promille (1994) gesenkt werden. Hätte China nicht Anfang der 70er Jahre mit der Geburtenregelung begonnen, würde die Bevölkerung Chinas wahrscheinlich schon jetzt die 1,5-Mrd.-Marke überschritten haben.

2. Durch die Geburtenregelung haben sich die Ansichten der Bevölkerung hinsichtlich Heirat, Geburt und Familie gewandelt. Spätheirat, späte Geburten, weniger und gesündere Geburten, gleiche Bewertung von Jungen und Mädchen und kleine Familien sind zu einem unübersehbaren Trend geworden. Zwischen 1970 und 1993 stieg das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen bei Erstheirat von 20,2 auf 22,67 Jahre an. Im gleichen Zeitraum sank die Rate für Mehrfachgeburten von 62,2 auf 11,2 Prozent. 1994 haben sich 20,3 Prozent, also ein Fünftel aller verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter verpflichtet, nur ein Kind zu bekommen.

3. Die Familienplanung hat die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Lebensstandards begünstigt. China bemüht sich zu erreichen, daß das Bruttoinlandprodukt schneller wächst als das Bevölkerungswachstum. Zwischen 1952 und 1978 erhöhte sich das BIP um das 4,7fache, das BIP pro Kopf aber nur um das 2,8fache. Zwischen 1978 und 1994 erhöhte sich das BIP um das 4,2fache, das BIP pro Kopf um das 3,4fache. Im gleichen Zeitraum expandierte der Konsumgütermarkt um das 13,7fache. Die Einkommen und damit der Lebensstandard erhöhten sich ebenfalls, seit 1978 bei der städtischen Bevölkerung um das 10fache, bei der ländlichen Bevölkerung um das 9fache. Der Wohnraum in den Städten wuchs von 3,6 qm auf 7,5 qm pro Kopf und auf dem Lande von 8,1 qm auf 20,8 qm pro Kopf. Für die Mehrzahl der Familien konnten die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Dinge des täglichen Bedarfs gedeckt werden.

4. Die Geburtenregelung hat die Lebensqualität der Bevölkerung in bezug auf Bildung, Gesundheit und Gesamtentwicklung verbessert. Die Lebenserwartung betrug 1949 nur 35 Jahre, sie hat sich bis 1990 auf 68,55 Jahre (66,84 für Männer und 70,47 für Frauen) erhöht. Im Gesundheitswesen hat sich die Situation gegenüber 1970 drastisch verbessert. Die Zahl der Krankenhausbetten pro 10.000 Menschen wuchs von 13,3 (1970) auf 23,6 (1994); 1970 standen für 10.000 Men-

schen 17,5 medizinische Kräfte zur Verfügung, 1994 waren es 35. Die Sterberate bei Kleinkindern sank von 200 pro Tausend vor 1949 auf 35 pro Tausend 1990. Im Bildungswesen ist China dabei, die neunjährige Schulpflicht systematisch einzuführen. Die Einschulungsrate schulpflichtiger Kinder beträgt 98,4 Prozent, die Analphabetenrate jüngerer Menschen ist auf 7 Prozent gesunken.

5. Durch die Geburtenregelung ist die Stellung der Frau verbessert worden. Weniger Kinder bedeuten weniger Hausarbeit und Freisetzung für berufliche Tätigkeit. Die Familienplanung hat die Teilnahme der Frauen an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten gefördert. Nicht nur in den Städten, auch auf dem Lande haben sich die Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen ausgeweitet.

6. Die Geburtenplanung hat den Prozeß der Ausrottung der Armut auf dem Lande beschleunigt. Zwischen 1978 und 1995 konnte die Regierung durch verschiedene Maßnahmen die Zahl derjenigen auf dem Lande, die unter der Armutsgrenze leben, von 250 Mio. auf 70 Mio. senken. Der Teufelskreis zwischen Armut und Kinderreichtum konnte durch Geburtenregelung durchbrochen werden.

III. Verbindung zwischen staatlicher Führung und Freiwilligkeit der Bevölkerung:

(In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Vorschriften der Geburtenplanungspolitik erläutert, wobei die Freiwilligkeit der Bevölkerung betont wird.)

Die Verbindung von staatlicher Führung und Freiwilligkeit der Bevölkerung ist ein wichtiges Prinzip, das China von Anfang an beachtet hat und das den Erfolg des Programms gewährleistet. Ausdruck der staatlichen Führung ist die Tatsache, daß die Zentralregierung und die örtlichen Regierungen die entsprechende Politik, Gesetze und Vorschriften formuliert haben, und zwar entsprechend den nationalen Bedingungen und dem Willen des Volkes; ferner stellt der Staat Anleitung und Dienstleistungen im Hinblick auf reproduktive Gesundheitsvorsorge, Verhütung und Geburtenkontrolle sowie gesunde Geburten und Kinderaufzucht zur Verfügung. Die freiwillige Teilnahme der Bevölkerung kommt darin zum Ausdruck, daß unter staatlicher Führung "das Recht aller Ehepaare und Einzelpersonen, Familienplanung zu be-

treiben, geschützt und respektiert wird." Bei ihrem Recht auf ein Kind müssen Ehepaare ihre Verantwortung und Pflichten gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft sowie die Gesundheit und das Glück ihrer Familie bedenken. Die Familienplanungspolitik besteht derzeit in der Propagierung von Spätheirat und Spätgeburten, von weniger und gesünderen Geburten und von einem Kind pro Paar. Ehepaare auf dem Lande mit tatsächlichen Schwierigkeiten dürfen ein zweites Kind bekommen. In den Städten wird die Ein-Kind-Politik von den meisten Ehepaaren freiwillig akzeptiert, weil sie sich über eine kleine Familie freuen. Bis 1990 war in den Städten die zusammengefaßte Geburtenziffer der Frauen auf 1,26 Kinder gesunken, auf dem Lande auf 2,8.

Den nationalen Minderheiten gegenüber wird eine flexiblere Politik angewendet. In Nationalitätengebieten wird Geburtenregelung seit Beginn der 80er Jahre propagiert, außer in Tibet und in dünnbesiedelten Gebieten. Normalerweise dürfen Ehepaare in ländlichen Gebieten zwei Kinder haben, bei echten Schwierigkeiten wird die Vorschrift flexibler gehandhabt. Zwischen 1982 und 1990, also nach Einführung der Familienplanung bei den Nationalitäten, wuchs die Minderheitenbevölkerung um 35,81 Prozent, 3,27mal schneller als die chinesische Bevölkerung. Für Tibet gibt es keine besonderen Vorschriften. Seit 1985 wird lediglich unter tibetischen Kadern, Arbeitern und Angestellten die Beschränkung auf zwei Kinder propagiert. Die ländliche Bevölkerung wurde nur über Verhütung und verbesserte Gesundheitsbedingungen aufgeklärt. Bezüglich der Zahl der Geburten wurden in den Agrar- und Weidegebieten der Tibeter niemals Auflagen gemacht.

Generell gilt, daß sich die Ehepaare die Verhütungsmethode selbst auswählen können. Wer freiwillig nur ein Kind bekommt, erhält Vorzugsbehandlung, während bei Mehrfachgeburten Sanktionen erteilt werden. "Die Erfahrung hat gezeigt, daß Chinas gegenwärtige Politik der Geburtenregelung den fundamentalen Interessen des Volkes im ganzen Land entspricht." Deshalb trifft die Politik bei der Bevölkerung auf Verständnis und Unterstützung.

IV. Das Volk auf eine gemeinsame Verständnisebene bringen:

(Dieses Kapitel behandelt Maßnahmen und Methoden der Erziehung und Propaganda bezüglich Geburtenregelung und die dafür zuständigen Institutionen.)

Auf dem Lande herrschen vielfach noch die traditionellen Vorstellungen vom Segen vieler Kinder. Hier muß Erziehungsarbeit geleistet werden, weil sonst Familienplanung keinen Erfolg hat. Seit Beginn der 80er Jahre wurde die Bevölkerung auf allen Ebenen herangezogen, um die örtliche Situation zu studieren, wobei Berechnungen und Vergleiche hinsichtlich Bevölkerungswachstum, Anbaufläche pro Kopf, Getreideversorgung und Einkommen, Bildung, Arbeit, Wohnraum usw. angestellt wurden. Auf diese Weise sollten die Menschen die aktuelle Situation des Staates begreifen. Ab 1987 wurde der Schwerpunkt der Überzeugungsarbeit auf die ländlichen Gebiete verlegt. Vielerorts wurden Schulen für Erziehung in bezug auf Bevölkerung und Ehe eingerichtet. Darüber hinaus gibt es in allen Provinzen und den meisten örtlichen Verwaltungseinheiten Familienplanungsgesellschaften, insgesamt mehr als eine Million mit ca. 80 Mio. Mitgliedern. Diese leisten wichtige Erziehungsarbeit. Auch Presse, Rundfunk, Fernsehen, Theater usw. widmen sich dem Thema Familienplanung. Für die Ausbildung von qualifiziertem Personal standen 1994 zwei Hochschulen für Verwaltungsleute, acht Berufsschulen auf Sekundarstufe und 26 Ausbildungszentren auf Provinzebene zur Verfügung. Alle Städte und Kreise haben Dienstleistungsstationen für Familienplanung gegründet, und in allen Einwohner- und Dorfkomitees ist ein Mitglied für die Propagierung der Geburtenkontrolle verantwortlich.

V. Befriedigung der Bedürfnisse hinsichtlich Geburtenregelung bei der reproduktionsfähigen Bevölkerung:

(In diesem Abschnitt werden die zur Anwendung kommenden Verhütungsmittel und -methoden dargelegt.) In China wird der Schwerpunkt der Geburtenregelung auf Verhütung gelegt. Auf diesem Gebiet wird ständig weiter geforscht, und die Bevölkerung im Reproduktionsalter wird über ein breites Informations-, Beratungs- und Dienstleistungsnetz mit sicheren, wirksamen und angemessenen Methoden vertraut gemacht und entsprechend versorgt. Jeder kann nach eigenem Wunsch die ihm gemäßige Methode auswählen. In China gibt es 40 Fabriken zur Produktion von Verhütungsmitteln, und das Land investiert pro Jahr 200 Mio. Yuan in die Produktion. Auf dem Lande wird Frauen im gebärfähigen Alter mit einem Kind beraten, sich ein Intrauterinpressar einsetzen zu lassen; bei zwei Kindern wird entweder dem Mann oder der Frau

geraten, sich sterilisieren zu lassen. Gegenwärtig betreiben 80 Prozent aller Ehepaare im reproduktionsfähigen Alter Verhütung. Die Verhütungsmittel werden kostenlos verteilt, seit 1988 sind sie auch für jedermann käuflich zu erwerben. Die chinesische Regierung lehnt Abtreibung als Mittel der Geburtenregelung ab. Aber: "China erlaubt Frauen, die eine Abtreibung wünschen, eine solche Operation unter sicheren und zuverlässigen Bedingungen durchführen zu lassen." Vielerorts geht die Zahl der Abtreibungen zurück. Das Verhältnis zwischen Geburten und Abtreibungen hält sich bei 1 : 0,3, was dem mittleren Level in der Welt entspricht.

VI. Verbesserung durch Reform und Entwicklung:

(In diesem Kapitel werden Probleme aufgezeigt, die durch die Familienplanung entstehen, und wie sie im Reform- und Entwicklungsprozeß zu lösen sind.) Die Familienplanungspolitik Chinas ist von Erfolg gekrönt. Aber es gibt immer noch eine ungleiche Entwicklung in den verschiedenen Regionen, instabile und teilweise hohe Geburtenraten. Hier muß eine koordinierte Entwicklung zwischen Bevölkerung, Wirtschaft, Ressourcen und Umwelt stattfinden. Ein weiteres Problem ist die Verbesserung der Arbeitsstils und der Dienstleistungen; in vielen Gebieten müssen Verwaltungsakte und Kampagnen als Mittel der Geburtenregelung abgelöst werden durch reguläre Propaganda- und Erziehungsarbeit. Auch die Qualität und Struktur der Bevölkerung stellen Probleme dar, vor allem die ungleiche Geschlechterrelation und die wachsende Altersbevölkerung. Zur Normalisierung der Geschlechterrelation wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, wie z.B. gesetzlicher Schutz der Rechte und Interessen von Frauen und Kleinkindern sowie Verbot vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmungen. Um dem Altenproblem zu begegnen, wird das System der sozialen Sicherung, insbesondere die Altersversicherung, verbessert.

VII. Die richtige Wahl zum Schutz der Menschenrechte:

(Der letzte Abschnitt befaßt sich mit der internationalen Kritik an Chinas Familienplanungspolitik und dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzung.) Die Leitlinien, Politik, Maßnahmen und Methoden der Geburtenregelung sind Ausdruck der Interessen des Volkes. In der internationalen Zusammenarbeit hat das Prinzip der Respektierung der Souveränität aller Nationen und der Nichteinmischung in die inneren Ange-

legenheiten zu gelten. Darauf wird auch im Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 hingewiesen. Trotzdem kritisieren einige Leute unter Verdrehung der Tatsachen die chinesischen Familienplanungsprogramme als inhuman und die Menschenrechte verletzend. Sie wollen China ihre eigenen Werte und Ideen aufdrängen, was völlig inakzeptabel ist und den Grundsätzen des Völkerrechts widerspricht. Im Einklang mit den auf den internationalen Bevölkerungskonferenzen proklamierten Grundsätzen werden in den Programmen Chinas zur Geburtenkontrolle die Rechte des einzelnen und die Pflichten der Bürger gegenüber der Gesellschaft miteinander verbunden. Rechte und Pflichten sind niemals absolut, sondern relativ, und wenn es Konflikte gibt, muß die Regierung eines jeden souveränen Staates vermitteln. Daß Fehler auftauchen, ist unvermeidlich, aber dem Grundsatz nach liegt die Familienplanung im Interesse des chinesischen Volkes und findet auch Anerkennung.

Im Nachwort wird auf die Tatsache hingewiesen, daß in China mehr als ein Fünftel der Menschheit lebt und daß China daher große Verantwortung für die Stabilisierung der Weltbevölkerung trägt. Die Kontrolle der Weltbevölkerung bleibe eine wichtige und schwierige Aufgabe, und China sei auf diesem Gebiet zur Zusammenarbeit mit allen Ländern bereit.

Mit diesem Weißbuch verteidigt China seine Politik der strikten Geburtenkontrolle. Dabei werden die Probleme zwar nicht ausgeklammert, aber insgesamt wird die Familienplanungspolitik in einem beschönigenden Licht gezeichnet. Breiter Raum wird der Darstellung der besonderen Situation Chinas gewidmet, auf die sich die Regierung immer beruft und die dem Nachweis dienen soll, daß China kein anderer Ausweg bleibt, als eine strenge Geburtenkontrolle zu praktizieren. Außerdem wird der Versuch unternommen, die Ergebnisse der Familienplanungspolitik zu quantifizieren, um so die praktischen Erfolge herausstellen zu können. Hinsichtlich der Bevölkerungsstatistik läßt sich der Erfolg am ehesten messen, obwohl angesichts der unzureichenden Qualität des statistischen Materials Vorsicht geboten ist. Die Quantifizierung wird allerdings zu einem problematischen Unterfangen, wenn - wie hier geschehen - der sozioökonomische Fortschritt weitgehend als Folge der Geburtenplanungspolitik gesehen wird, denn es läßt sich nicht mes-

sen, welche Verbesserungen im Lebensstandard auf die Familienplanung und welche auf allgemeine Entwicklungsschritte zurückzuführen sind. Der hier suggerierte Grundgedanke ist, daß es ohne Geburtenkontrolle keine Anhebung des Lebensstandards gegeben hätte.

Mit Blick auf die internationale Kritik wird in dem Bericht betont, daß Aufklärung und Verhütung die Hauptmethoden der Geburtenkontrolle sind, wobei besonders das Prinzip der Freiwilligkeit hervorgehoben wird. In diesem Zusammenhang werden die nationalen Minderheiten und namentlich die Tibeter angesprochen. Ausführlich wird auf die Verhütungsmethoden eingegangen und klargestellt, daß China die Abtreibung als Mittel der Geburtenregelung ablehnt. Bezüglich der bei der Familienplanungsarbeit auftauchenden Probleme soll der Eindruck vermittelt werden, daß China alle Probleme im Griff habe und sie mit gesetzlichen und anderen Mitteln behebt. Da die schärfste Kritik an der chinesischen Geburtenregelung von internationalen Menschenrechtsgruppen geäußert wird, ist dem Thema Wahrung der Menschenrechte ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier vertritt die Regierung den hinlänglich bekannten Standpunkt, derlei Kritik sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Gegenüber den Rechten des Individuums werden die Pflichten des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft betont. Diese Verteidigungsschrift richtet sich hauptsächlich an ausländische Adressaten; sie gibt den offiziellen Standpunkt und die Argumente der chinesischen Regierung wieder, wie diese sie auch künftig in internationalen Gremien vortragen wird. -st-

*(13)

Fachhochschulabsolventen wenig gefragt

Während vor wenigen Jahren nach Fachhochschulabsolventen (*zhuanke biyesheng*) noch eine große Nachfrage auf seiten einstellender Arbeitseinheiten bestand, haben die meisten dieser Absolventen dieses Jahr große Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden. Vor allem in den Küstenprovinzen, ganz zu schweigen von den Wirtschaftsazonen, ist der Bedarf rapide gesunken; höchstens in einigen wenigen wirtschaftlich nicht sehr entwickelten Gebieten kann ein Teil von ihnen unterkommen. In einem Leserbrief von Ver-

tretern der Universität Lanzhou (GMRB, 1.8.95) werden dafür drei Gründe angeführt:

1. Die Fachrichtungen der Fachhochschulen entsprechen nicht dem aktuellen Bedarf. Mit dem Wirtschaftswachstum wuchs auch der Bedarf an Fachkräften. Viele Hochschulen und Erwachsenenbildungsanstalten richteten Spezialfächer ein, für die in der Gesellschaft großer Bedarf herrschte, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften. Ein großer Teil der Universitäten bot aber die gleichen Spezialfächer an. So konnte zwar der Bedarf gedeckt werden, aber schon bald zeigte sich, daß die überspezialisierten Fächer bald nicht mehr gefragt waren. Fächer, bei denen vor zwei Jahren noch große Nachfrage herrschte, sind heute überholt und umgekehrt. In der zweijährigen Fachhochschulausbildung werden die Wirtschafts- und Geisteswissenschaften überbetont, weil man innerhalb kurzer Zeit ohne große Investitionen viele Studenten ausbilden kann. So ist schon bald an Absolventen dieser Fachrichtungen ein Überangebot entstanden. In technischen Fächern hingegen besteht ein Mangel an Absolventen. Technische Ausbildungsgänge werden aber weniger angeboten, weil sie hohe Investitionen erfordern. Die Fachhochschulen hinken ständig hinter dem aktuellen Bedarf hinterher, weil sie nur ad hoc planen und zu spezialisiert sind. Empfohlen wird eine vernünftige, langfristige Planung, um zu gewährleisten, daß Fachleute ausgebildet werden, die auch langfristig in der Wirtschaft und Gesellschaft gebraucht werden.

2. Die Gedankengänge der einstellenden Einheiten beruhen häufig auf Irrtümern. Einstellungen werden oft planlos und unüberlegt vorgenommen. Die Betriebe stellen vielfach noch zu viele Leute ein, und zwar ziemlich viele Fachhochschulabsolventen. Diese können aber schnell überflüssig werden, und dann ist es schwierig, für sie einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. In höheren Positionen haben sie kaum eine Chance.

3. Die Fachhochschulabsolventen haben häufig zu hohe Erwartungen. Ihnen gegenüber befinden sich Universitätsabsolventen im Vorteil, so daß Absolventen von Fachhochschulen in der Konkurrenz um Arbeitsplätze schlechter abschneiden. Deshalb sollten sie, so wird empfohlen, ihre Fähigkeiten richtig einschätzen und sich eine passende Stelle suchen, ohne zu hohe Erwartungen in

ihre berufliche Karriere zu setzen. Wenn selbst Universitätsabsolventen und Postgraduierte Schwierigkeiten haben, eine passende Stelle zu finden, dann müssen Fachhochschulabsolventen froh sein, wenn sie überhaupt eingestellt werden.

Im tertiären Bildungssektor sind seit Beginn der Bildungsreform Mitte der achtziger Jahre besonders viele nicht-staatliche Schulen gegründet worden, so auch Fachhochschulen. Ihnen kommt es hauptsächlich darauf an, Geld zu verdienen, d.h. sie kassieren hohe Studiengebühren, versäumen aber vielfach eine längerfristige Bedarfsplanung und kränken an zu hoher Spezialisierung, wo allgemeine Grundlagen eher gefragt wären. Das Nachsehen haben die Absolventen, weil sie auf dem Arbeitsmarkt angesichts großer Konkurrenz geringe Chancen haben, zumal der Staat nur noch wenige Stellen zu vergeben hat und die Mehrzahl der Universitäts- und Hochschulabsolventen darauf angewiesen ist, sich selbst eine Stellung zu suchen. -st-

*(14)

Hochtechnologie und neue Technologie zur Förderung der Wirtschaft

Vom 16.-20. August 1995 fand in Harbin eine nationale Konferenz über die Entwicklung der Hochtechnologie und neuer Technologien statt (RMRB, GMRB, 17.8.95 und 22.8.95). Zweck der Konferenz war es, der staatlichen Politik zur Förderung der Hochtechnologie Nachdruck zu verleihen. In ihrer Wissenschaftspolitik ist die Regierung vorrangig an Hochtechnologie interessiert, weil sie sich von dieser zwei Dinge erhofft: die Modernisierung und damit Rettung der veralteten und maroden Staatsbetriebe und die Steigerung des Exports durch die Ausfuhr fortgeschrittener Hochtechnologie. In den letzten fünf Jahren dieses Jahrhunderts, so der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik Song Jian, müsse sich die sozioökonomische und wissenschaftlich-technische Entwicklungsstrategie stark ändern. High-Tech-Produktion müsse zum Stützpfiler der gesamten Volkswirtschaft und ein großer Produktionszweig werden. Jede Region müsse Schwerpunktzentren für High-Tech-Produktion auswählen, alle Kräfte bündeln und sich auf bestimmte Produktionen konzentrieren. Die Grundlage stelle der Binnenmarkt dar, aber zugleich müsse China mit Produkten hoher Qualität auf die in-

ternationalen Märkte streben. Ziel solle sein, auf dem Gebiet der Hochtechnologie in der Welt eine führende Position einzunehmen. (GMRB, 17.8.95)

Der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, der auf der Abschlusssitzung sprach, stellte fest, China habe gute Voraussetzungen für den Wettbewerb auf dem Gebiet der Hochtechnologie. Im weltwirtschaftlichen Wettbewerb komme es vor allem auf die Konkurrenzfähigkeit auf diesem Gebiet an. In diesem Zusammenhang nannte er im einzelnen Informatik, Mikroelektronik, Biologie, Raumfahrt, neue Energien und neue Materialien. China verfüge über ein Kontingent von 18 Mio. Wissenschaftlern und Technikern, von denen 600.000 direkt mit Forschung und Entwicklung befaßt seien. Pro Jahr würden 30.000 bedeutende Forschungsergebnisse erzielt und 50.000 Patente bewilligt. China werde besondere Aufmerksamkeit solchen Gebieten schenken, die für die chinesische Volkswirtschaft wichtig seien, vor allem Agronomie, Wasserwirtschaft, Energie, Telekommunikation, Informatik, Verkehr, Rohstoffe und Rüstungsindustrie. Li bekräftigte Chinas Strategie, sich bei der Forschung und Entwicklung auf die eigene Kraft zu verlassen und zugleich fortgeschrittene Technik aus dem Ausland einzuführen. (RMRB, 22.8.95)

Für die hochtechnologische Forschung und Entwicklung wurde im August 1988 der sog. "Fackelplan" verabschiedet. Im Rahmen dieses Plans sollen bisher über 12.000 Projekte realisiert worden sein; ein Drittel der Produkte würden exportiert. (RMRB, 17.8.95) -st-

*(15)

Zahlen zu Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen

Kürzlich gab die Staatliche Presse- und Publikationsbehörde neue Zahlen zum Mediensektor bekannt. Danach gab es in China Ende Juni 1995 gut 2.200 Zeitungen (1978: 186), 1.210 Rundfunk- und 976 Fernsehstationen. Rundfunk und Fernsehen erreichen 78 bzw. 84 Prozent der Bevölkerung. Nach der enormen Zunahme der Medien, so hieß es von seiten der Behörde, bemühen sich diese jetzt um die Verbesserung ihrer Qualität. Die meisten Tageszeitungen haben ihre Seitenzahl von vier auf acht und mehr Seiten erhöht und verwenden moderne Drucktechniken. Um die Kontrolle über das Pressewesen zu verbessern, wurde von der Behörde eine

Reihe von Vorschriften erarbeitet. Angekündigt wurde die Veröffentlichung von Listen, auf denen gut und schlecht geführte Zeitungen verzeichnet sind. Die Rundfunk- und Fernsehsender legen vor allem Wert auf die Entwicklung ihrer Nachrichtensendungen und Musikprogramme; sie führen auch mehr Live-Sendungen ein. Die Rundfunksender in gut 20 Großstädten haben die Sendezeiten für Nachrichten ausgedehnt; Radio Shanghai z.B. widmet zwei Drittel seiner Sendezeit Nachrichten. China Central Television strahlt über seinem Kanal CCTV-1 zwölfmal am Tag die neuesten Meldungen aus dem In- und Ausland aus. (XNA, 23.8.95)

Ein besonderes Problem stellt die Versorgung mit Radio und Fernsehen in den entfernten Grenzgebieten dar, d.h. vor allem in Xinjiang, Tibet und der Inneren Mongolei. Zu diesem Thema fand kürzlich eine vom Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen organisierte Tagung statt (vgl. RMRB, 23.8.95). Betroffen sind 145 an der Grenze gelegene Kreise, die aufgrund geographischer, klimatischer und verkehrstechnischer Bedingungen traditionell sehr abgeschieden sind. 1982 hatten nur 30 Prozent der dort lebenden Bevölkerung Zugang zu Rundfunk und Fernsehen. Erst ab 1983 investierte die Regierung verstärkt in den Ausbau des Rundfunk- und Fernsehnetzes. Bis Ende 1994 hatte sich die Abdeckungsrate beim Hörfunk auf 72,5 Prozent und beim Fernsehen auf 72 Prozent der Grenzbevölkerung erhöht (ebd.). Bis zum Jahr 2000 soll die Rate auf 80 Prozent gesteigert werden (Xinjianger Fernsehen, Urumqi, 23.8.95, nach SWB, 28.8.95). Die chinesische Regierung unternimmt in bezug auf die Grenzgebiete besondere Anstrengungen, damit sie die dort lebende Bevölkerung mit ihrer Propaganda erreichen kann. -st-

Außenwirtschaft

*(16)

USA-China: Politische Spannungen überschatten bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Die Ablehnung der USA, China Ende 1994 zu den Bedingungen eines Entwicklungslandes in das GATT aufzu-

nehmen, hatte das bilaterale Verhältnis bereits im letzten Jahr stark erschüttert. Der Streit um die von den USA im Mai verhängten Sanktionen im Textilhandel hat ebenfalls nicht dazu beigetragen, die Atmosphäre zu entspannen. Die USA hatten am 4.5.95 die chinesische Textilimportquote mit der Begründung reduziert, daß erneut chinesische Textilien mit falschen Ursprungszeugnissen eingeführt worden waren. Das MOFTEC reagierte hierauf mit dem Vorwurf, die USA würden bestehende Verträge brechen. (XNA, 16.6.95; SCMP, 16.6.95)

Die dem taiwanesischen Staatschef Li Denghui genehmigte Einreise in die USA Anfang Juni d.J. hatte das politische Klima zwischen beiden Ländern auf einen Tiefpunkt sinken lassen. Die Belastung im amerikanisch-chinesischen Verhältnis wurde weiter durch die Verhaftung des amerikanischen Staatsbürgers Harry Wu vergrößert, der illegal nach China eingereist war, um die Situation chinesischer Arbeitslager zu dokumentieren. (NZZ, 23.6.95; FAZ, 4.8.95) In den Kommentaren der amerikanischen Zeitungen wird deutlich, daß die Öffentlichkeit in den USA gegenüber China in verschiedene Lager aufgespalten ist. Dies erschwert offensichtlich der amerikanischen Regierung eine klare politische Linie gegenüber China.

Die politischen Spannungen werden jedoch in einem Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 11./12.8.1995 nicht unbedingt als Grund dafür angesehen, daß die im Vorjahr angekündigten Großprojekte überwiegend nicht zustandegekommen sind. So waren bei der Reise von Ron Brown nach China im letzten Jahr Vertragsabschlüsse im Werte von rd. 6 Mrd. US\$ bekanntgegeben worden.

Nach Angaben des *Asian Wall Street Journal* sollen von den Vertragsabschlüssen in Höhe von 6 Mrd. US\$ weniger als ein Zehntel bisher realisiert worden sein. Verschiedene Gründe werden hierfür genannt. Einerseits habe es sich in vielen Fällen nicht um tatsächliche Vertragsabschlüsse gehandelt, sondern, wie bei der Vereinbarung zwischen der amerikanischen Wing Group und dem Energieministerium der Provinz Jiangsu über den Bau eines Kraftwerkes (2,2 Mrd. US\$ Vertragswert), um ein "go-ahead for the next steps in the approval stage" oder wie in anderen Fällen um Absichtserklärungen. Andererseits handele es sich beim Vertragswert von 6 Mrd. US\$ um eine künstlich